

Für eine sozialistische Partei der DDR

Ein Angebot für die Diskussion zum Programm

Als ein Angebot für die Diskussion zum Programm unserer Partei übermittelten Parteidelegierte und Beteiligte des Projekts „Sozialismustheorie“ dem ND folgendes Papier. Ausgearbeitet wurde es von André Brie, Michael Brie, Wilfried Etti, Jürgen Jünger, Dieter Klein, Hans-Peter Krüger, Dieter Segert, Hans Wagner und Rosi Will.

I. Die DDR im Umbruch

Der staatlich-administrative Sozialismus ist als Gesellschaftssystem auch in unserem Lande endgültig gescheitert. Die revolutionäre Bewegung des Volkes der DDR hat im Herbst 1989 den Prozess seiner demokratischen Beseitigung eingeleitet.

1. Neue gesellschaftliche Kräfte haben die Nachkriegsära endgültig beendet. Dazu gehören:
 - die neuen politischen und sozialen Bewegungen für Frieden, Ökologie, Frauenrecht,
 - die gesellschaftlichen und außerpolitischen Umwälzungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern,
 - der Kampf der Entwicklungsländer um die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung,
 - die in den letzten 20 Jahren in den westlichen Industrieländern sich vollziehenden innen- und außerpolitischen Wandlungen, daraus resultierende Differenzierungsprozesse, die zu mehr Realismus und Kooperationsbereitschaft führen.

Es wurde eine neue Epoche eingeleitet. In ihrem Mittelpunkt steht die Lösung der globalen Probleme. Das verlangt einen grundlegenden Wandel aller Gesellschaftssysteme und ihres internationalen Zusammenwirkens. Die Fortschrittsrichtung heißt demokratischer Sozialismus.

2. Der administrative Sozialismus ist in die Krise geraten, da er es nicht vermochte,
 - den neuen Entwicklungserfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution gerecht zu werden,
 - zur Lösung der zunehmend selbst mitverursachten globalen Probleme beizutragen und
 - unter den neuen Bedingungen eine Gesellschaft der Freiheit, sozialen Gerechtigkeit und Solidarität zu gestalten.

Dies ist durch seine Grundstruktur bedingt. Die bürokratische Konzentration aller entscheidenden Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktivkräfte, über das gesellschaftliche Eigentum, die Macht und das geistige Leben der Gesellschaft hat freie Selbstbestimmung, Eigeninteresse und Verantwortung für sich und die Gesellschaft untergraben. Der administrative Sozialismus führte gesetzmäßig zu Stagnation, Krise und Fäulnis.

Damit wurden die von mehreren Generationen nach dem zweiten Weltkrieg geschaffenen Werte sozialer, humaner und kultureller Entwicklung deformiert und auf das Äußerste gefährdet. Das Lebenswerk unserer Väter und Großväter ist bedroht. Die Zukunft unserer Kinder und Enkel in Frage gestellt.

3. Hunderttausende Genossinnen und Genossen haben sich nach dem zweiten Weltkrieg selbstlos dafür eingesetzt, dieses Land aus den Trümmern wieder aufzubauen. Dies darf niemand vergessen. Gemeinsam mit anderen waren es auch viele Mitglieder der SED, die sich ehrlich, verantwortungsvoll und engagiert für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der DDR, für Demokratie und Freiheit, für Solidarität und Menschlichkeit einsetzten. Sie haben teil daran, daß unser Land durch eine demokratische Revolution die Chance zu einem anderen neuen Weg gewonnen hat.

Viele dieser Genossen wurden diskriminiert, isoliert, aus der Partei ausgeschlossen und verloren berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Andere haben innerhalb der SED unter immer größeren Schwierigkeiten für einen demokratischen Sozialismus gewirkt. Die Mehrheit der Parteimitglieder hat sich zu den Idealen der Perestroika bekannt und sich zunehmend gegen die Linie des XI. Parteitages gewandt. Sie haben zur Entwicklung eines kritischen und demokratischen Bewusstseins in unserem Land beigetragen. Auf sie alle stützen wir uns bei der Formierung zu einer modernen sozialistischen Partei.

Mit Bitternis müssen wir feststellen, daß es uns infolge der stalinistischen Strukturen der SED auch seit 1985 nicht gelungen war, diesen Neubeginn selbst einzuleiten. Es bedurfte der revolutionären Volksbewegung.

In jeder Revolution verlieren jene die Macht, die sie bisher ausgeübt haben. Wir begrüßen die Brechung des Machtmonopols der SED. Dies ist für alle jene in unserer Partei eine große Chance, die sich zu einem Weg des demokratischen Sozialismus bekennen. Es ist endlich der notwendige radikale Bruch möglich, der die Bedingung für einen neuen Anfang darstellt.

4. Viele Bürger der DDR orientieren sich, jetzt auch aufgrund ihrer eigenen Erlebnisse, an der Gesellschaft der BRD. Kann die einfache Übernahme dortiger Strukturen unsere Probleme hier lösen?

Die westeuropäischen Gesellschaften sind keine rein kapitalistischen Systeme. Wir wissen die modernen Errungenschaften dieser Gesellschaften, die sich die Werktätigen erkämpft haben, zu schätzen. Wir achten die freien

Formen des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wettbewerbs, die der Ausbildung von Monopolstellungen in der Ökonomie, Politik und Kultur entgegenstehen. Insbesondere können wir lernen

- von der Praxis der Mitbestimmung auf Betriebs- und Zweigebene; von der dreifachen demokratischen Gewaltenteilung zwischen der Gesetzgebung, der Regierung und der Rechtsprechung;
- von der wachsenden Rolle der Öffentlichkeit und der neuen sozialen sowie kulturellen Bewegungen;
- von dem hohen Stand der Wissenschafts- und Technikentwicklung;
- vom höheren Stellenwert kommunaler Mitbestimmung;
- von dem kooperativen und gemeinnützigen Charakter vieler Arten der Kulturförderung.

Aber zugleich dürfen wir nicht übersehen, wie begrenzt diese Errungenschaften sind. Sie finden ihre Grenze an den strategischen Machtinteressen kapitalistischer Monopole, insbesondere der transnationalen Konzerne, und der militärisch-industriellen Komplexe. Der kapitalistisch expandierende Weltmarkt mag vielen, die eine planungsbürokratische Mangel- und Verschwendungswirtschaft gewöhnt sind, auf den ersten Blick als attraktive Alternative erscheinen.

Aber: Er verschärft in seiner monopolistischen Gestalt die bestehenden globalen Probleme der Umweltzerstörung, der Friedensgefährdung und der Unterentwicklung mit den Folgen von Arbeitslosigkeit, Hunger und Obdachlosigkeit von Hunderten Millionen Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Und: Er führt tatsächlich zur Massenarbeitslosigkeit, zu Existenzangst, zur sozial ungerechten „2-Drittel-Gesellschaft“ schon in den reichen Ländern und zur Einfünftelwelt.

Wir dürfen den demokratischen Aufbruch und das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung nicht verspielen. Der alten Herrschaft von Politbürokraten darf keine Herrschaft von Kapitalmagnaten folgen. Das Volk muß endlich und endgültig „zum Gestalter eigener Geschichte“ werden.

5. Das Volk der DDR, alle seine Parteien, politischen und sozialen Bewegungen stehen heute vor einer historischen Entscheidungssituation: Welchen Weg soll die DDR gehen?

Die ökonomische und soziale Krise hat die Möglichkeiten der Selbstbestimmung, dieses Weges auf das Äußerste eingegrenzt. Aber für das Leben aller Bürgerinnen und Bürger und der zukünftigen Generationen ist es von einschneidender Bedeutung, welche historische Richtung gewählt wird.

In den nächsten Wochen und Monaten werden Weichen gestellt, die die Lebensbedingungen jedes einzelnen grundlegend verändern werden.

Die Krise des administrativen Sozialismus in unserem Lande kann nur dadurch gelöst werden, daß die DDR, getragen von allen demokratischen Kräften dieses Landes, einen dritten Weg jenseits von administrativem Sozialismus und jenseits von Vorherrschaft des Profits geht. Es ist der Weg, der erstens an diejenigen sozialen und kulturellen Ergebnisse unserer bisherigen Entwicklung anknüpft, die es in einer demokratischen Gesellschaft mit sozialistischer Orientierung zu bewahren und auszubauen gilt,

zweitens die progressiven Errungenschaften der modernen bürgerlichen Gesellschaft in sich aufnimmt und konsequent vorantreibt und

drittens dem Frieden und der Kooperation der Völker, der freien kulturellen Entwicklung jedes Volkes und jedes einzelnen, der radikalen Demokratie und der Souveränität jedes Volkes, der sozialen Gerechtigkeit und solidarischen Gemeinschaftlichkeit sowie der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der menschlichen Gesellschaft verpflichtet ist.

Als sozialistische Partei treten wir ein

- für eine auf den Grundrechten des einzelnen beruhende individuelle Freiheit
- für darauf gegründete Solidarität der Entwicklung aller
- für die Gerechtigkeit gleicher sozialer Entwicklungsbedingungen
- für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
- für die Durchsetzung des Prinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“
- für eine Entwicklung unserer Gesellschaft, die an jenen neuen kulturellen Zielstellungen orientiert ist, die der Volksbewegung bisher ihren Charakter gaben.

Mit allen Kräften werden wir uns für den freien Wettbewerb um den höchsten Beitrag zur Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums einsetzen. Gerechte Anerkennung individueller und kollektiver Leistung muß darin ihr Maß finden. Unser Kampf wird sich gegen alle monopolistischen Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft, Politik und geistigem Leben richten.

II. Für eine moderne Kulturgesellschaft

1. Die globalen Probleme werden in allen bestehenden Gesellschaftsordnungen durch staatliche und ökonomische Monopolbildung bis zur Existenzgefährdung verschärft statt gelöst. An die Stelle der rückständigen ökonomischen und machtsstaatlichen Ausbeutung der natürlichen Umwelt und unserer eigenen Menschennatur muß weltweit etwas anderes treten: die wirksame Regulierung des wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbs nach neuen kulturellen Zwecksetzungen, Normen und Werten.

Was nützt all unser Streben nach immer höherem Wohlstand, wenn dieser auf Kosten unserer Kinder und Enkel, auf Kosten unserer eigenen natürlichen Lebensgrundlagen erwirtschaftet wird? Wir alle brauchen Ziele, durch die unser Leben sinnvoll und produktiv, statt sinnlos und destruktiv wird. Nutzen wir den demokratischen Aufbruch unseres Landes, um voneinander zu lernen, wie wir in all unserem Handeln diese drei Orientierungen verbinden: die individuelle Selbstverwirklichung jedes Menschen mit dem solidarischen Verhalten gegenüber allen Benachteiligten und mit dem Schutz der Umwelt. Diese Verbindung ist in unser aller Interesse, wie auch im Lebensinteresse jedes einzelnen.

2. In der demokratischen Opposition gegen die monopolistische Verschmelzung von Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparaten haben sich in unserem Land bereits neue kulturelle Zwecksetzungen, Werte und Normen herausgebildet, auf die wir stolz sein können. Der friedliche Charakter der demokratischen Volksbewegung unseres Landes wird weltweit gewürdigt und stellt eine ausstrahlungskräftige Anregung für eine neue Art von gesellschaftlichem Zusammenleben dar. Dazu im Gegensatz hat die bürokratische Deformation des wirtschaftlichen und politischen Lebens der DDR zu Bedürfnisstrukturen geführt, die wir in einem öffentlichen und gemeinsamen Lernprozeß überwinden müssen: zur Verinnerlichung der ständigen Mangelwirtschaft in zwangsangepaßte Bedürfnisse bestimmter Gruppen, zum korruptierten Leben von Gruppen auf Kosten anderer, zum Ersatz gesellschaftlich aktiven Zusammenlebens durch den Rückzug in private Bereiche.

3. Wir benötigen eine kulturvolle Neugestaltung des Verhältnisses zwischen den Wirtschaftsweisen und den Lebensweisen. Unsere Städte und Dörfer müssen zu wirklich lebenswerten Räumen ausgestaltet werden. Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, daß die Arbeitenden über ihre Arbeitsbedingungen im hohen Maße selbst bestimmen und die Arbeit für jeden zum Feld der reichen Entwicklung menschlicher Bedürfnisse und kreativer Fähigkeiten wird.

Wir haben internationale Fehlentwicklungen – wie Ausländerhaß, Wegwerf- und Ellenbogengesellschaft, Suchtprobleme, Fehlentwicklung der Städte, Disproportionen zwischen privatem Individual- und öffentlichem Massenverkehr – zu vermeiden bzw. zu überwinden. Ebenso müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, das Verhältnis der beiden Geschlechter sowie das Verhältnis der Generationen zueinander grundlegend umzugestalten.

Überwinden wir die Entfremdung und Vereinsamung, das Leben auf Kosten des anderen Geschlechts, der Kinder oder älteren Mitbürger! Es geht um die Emanzipation aller, es geht um den menschenwürdigen Umgang miteinander, auch um den Respekt vor der Normalität gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Stellen wir uns der Herausforderung, eine grundsätzliche kulturelle Alternative zu den Lebensweisen der bisherigen Industrie- und Männergesellschaften zu entwickeln.

4. Die bisherige Frauenpolitik in der DDR hat ihre positiven Züge mit der formalen Gleichberechtigung seit langem erschöpft und seit den 70er Jahren zu Rückschritten und Stagnation bei der

Gleichstellung der Frauen und Männer in der Gesellschaft geführt. Die Benachteiligung von Frauen betrifft insbesondere die soziale Lage von älteren Frauen, alleinerziehenden Frauen und all jene Frauen, die täglich unter enormer psychischer und physischer Belastung in die Pflicht genommen sind, in einer auf den Mann zugeschnittenen Gesellschaft Beruf und Familie zu vereinbaren. Frauen sind in allen gesellschaftlichen Bereichen auf die zweiten Plätze verwiesen.

Die sozialistische Partei der DDR ist entschlossen, eine Frauenpolitik zu entwickeln, deren Ziel die reale Gleichstellung der Frauen, insbesondere auch in allen Leitungsbereichen ist. Es geht um die Entwicklung gesellschaftlicher Bedingungen, die es den Frauen gestatten, ihre Persönlichkeit und Individualität voll zu entfalten.

5. Die kulturelle Qualität unserer Gesellschaft wird nicht zuletzt nach ihrer Kinderfreundlichkeit, nach Perspektiven und Entwicklungsräumen der Jugend und nach der Lebensqualität der älteren Bürger bewertet.

Das Streben nach Gleichstellung der Geschlechter, die Achtung aller Formen von Lebensgemeinschaften, die Bewahrung und qualitative Entwicklung der Fürsorge in Kinderkrippen und Kindergärten, die Orientierung der Bildung auf die Einheit von welt-offener hoher Bildung und Freiräumen für Neigungen und Interessen junger Menschen, Förderung ihres Veränderungswillens und die Abkehr von aller Gängelerei soll in fürsorglicher Weise den Kindern und Jugendlichen neue Bindungen an unser Land geben.

Die entstandene Altersstruktur in unserem Land erschwert die Sicherung guter Lebensbedingungen für die Älteren unter uns. Doch ein menschliches Antlitz des Sozialismus muß im Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Interessen denen der älteren Bürger ein neues Gesicht geben. Wir wollen ihren Lebensvorstellungen ohne den Druck der Jüngeren bei der Gestaltung der städtischen und ländlichen Lebensbedingungen, der altersgerechten Wohnformen und medizinisch-pflegerischen Leistungen hohes Gewicht geben und Möglichkeiten sinnvollen Lebens in höherem Alter Aufmerksamkeit schenken.

6. Ein mündiges Volk braucht das Erlebnis anderer Kulturen des Auslandes, sowohl durch persönliche Reisen, durch berufliche und kulturellen Austausch als auch durch wahrhaftige Berichterstattung der Medien. Wir müssen sicherstellen, daß in den kulturellen Lernprozessen stets auch die internationalen Erfahrungen ausländischer Kulturen Eingang finden. Nur auf diese Weise können wir den demokratischen Aufbruch des Volkes der DDR stabilisieren, ohne neue Feindbilder nach innen oder nach außen aufzurichten. Wir treten für die Achtung der nationalen Interessen und die gleichberechtigte Teilhabe der sorbischen Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben der DDR ein.

Den ausländischen Bürgern, die in unserem Lande leben und arbeiten, müssen wir die Möglichkeiten zur Entfaltung der eigenen kulturellen Identität und zur gleichberechtigten Teilnahme am öffentlichen Leben geben.

7. Demokratie braucht Kultur. Ein mündiges Volk braucht Fachleute von internationalem Niveau auf allen Gebieten. Für Experten gilt wie für alle das Leistungsprinzip. Sie haben keine sozialen Privilegien. Wir treten in diesem Sinne konsequent für die Freiheit der Wissenschaft, Bildung, Literatur und Kunst ein. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist die Gefahr groß, daß geistiges Reichtum und hohen moralischen Ansprüchen der Boden entzogen wird. Dies würde dem Charakter unserer Volksbewegung widersprechen und das Entwicklungspotential von morgen dem heutigen Überleben kurzfristig opfern. Die genannten gesellschaftlichen Bereiche benötigen im Lebensinteresse unseres Volkes eine moderne materiell-technische Basis, um dem internationalen Wettbewerb gewachsen zu sein.

III. Für ein neues politisches Leben

1. Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozess der Zerschlagung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Machtausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden.

Demokratischer Sozialismus und Machtausübung einer Partei schließen sich aus. Unser Ziel ist nicht die Effizienz von Machtausübung an sich. Wir wollen dazu beitragen, ein politisches System zu schaffen,

- in das alle wesentlichen Gruppen der Gesellschaft sich mit ihren Interessen als Gestalter des politischen Lebens einbringen,
- die fortgeschrittensten menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse aufgenommen werden,
- ein ständiger politischer Lernprozeß möglich ist.

Das neue politische System muß vom einzelnen Individuum ausgehen und dessen Handlungs- und Entscheidungsräume garantieren.

- Ein neuer Konsens in der Gesellschaft kann nur auf der Basis neuer politischer Strukturen entstehen, die sich durch Mehrheitsentscheidungen demokratisch

legitimieren. Die neue Verfassung der DDR muß der allgemeinen verbindliche Maßstab für jegliches politisches Handeln sein.

2. Die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der solidarischen Entwicklung aller ist nur in einem öffentlichen demokratischen Prozess möglich. Demokratie bedeutet für uns:

- Garantie der Menschen- und Grundrechte in der Einheit von politischen und persönlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechten. Darüber hinaus gilt es, eine neue Generation der Menschenrechte zu entwickeln, die insbesondere Probleme der informationellen Selbstbestimmung und des Umweltschutzes aufgreift;
- Machtausübung durch das Volk auf der Basis einer vierfachen Gewaltenteilung (Gesetzgebung, Regierung, Rechtsprechung, Öffentlichkeit vermittelt durch die modernen Medien);
- Kontrolle jeder Art von Machtausübung durch Parteienpluralismus, durch eine Vielzahl von Organisationen und Basisinitiativen, die im Wettbewerb ihre Alternativen zur öffentlichen, demokratischen Entscheidung un-

terbreiten. Unsere Partei unterstützt besonders das Wirken einheitlicher, freier Gewerkschaften.

3. In einer modernen Gesellschaft ist der Staat Träger der Souveränität. Rechtsstaatliche, demokratisch kontrollierte Staatsentwicklung bedeutet, daß die frei gewählten Volksvertretungen gegenüber den Staatsapparaten tatsächlich die Macht ausüben. Gewaltenteilung funktioniert nur, wenn alle an das vom Parlament beschlossene Gesetz gebunden sind. Recht selbst braucht aber zu seiner Verwirklichung eine unabhängige, selbstständige Rechtsprechung durch unabhängige Richter.

Auch frei gewählte staatliche Entscheidungsgremien können irren. Die Veränderbarkeit von staatlichen Entscheidungen muß deshalb möglich sein.

Fragen von existentieller gesellschaftlicher Bedeutung müssen generell durch Volksabstim-

mung entschieden werden. Das parlamentarische System muß darüber hinaus durch Entscheidungsverfahren und Mechanismen ergänzt werden, die die Herrschaft des Volkes bei wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten sicherstellen. Dazu könnte ein System von gesellschaftlichen Räten auf verschiedenen Ebenen, Interessenverbände und Bürgerinitiativen gehören.

Kommunale Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in den territorialen Gliederungen sind die Grundlage eines sozialistischen Gemeinwesens.

Wir treten für die Wiederherstellung der fünf Länder in der DDR ein, deren wirtschaftliches und intellektuelles Gewicht die Entwicklung und Wahrnehmung weitgehender demokratischer Rechte auf politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistig-kulturellen Gebieten sowie der Ökologie erlauben würde.

IV. Für eine effektive, sozial und ökologisch orientierte Wirtschaft

1. Mit der politbürokratischen Befehls- und Verteilungswirtschaft, mit der administrativen Unterordnung der Wirtschaftseinheiten unter zentrale Staatsapparate ist es nicht gelungen, die sich verändernden Bedürfnisse unserer Bevölkerung zu befriedigen, die Volkswirtschaft auf einen innovativen, intensiv erweiterten Reproduktionstyp umzustellen und einen ökonomischen Beitrag zur Lösung der globalen Probleme zu leisten. Dieser Wirtschaftstyp muß schrittweise beseitigt werden. Er kann den modernen Herausforderungen nicht gerecht werden und ist – nicht nur in unserem Lande – zu einer Gefahr für die sozial und ökologisch progressive Entwicklung geworden.

Die notwendige radikale Wirtschaftsreform ist eine entscheidende Bedingung für die humanistische, demokratische und ökologische Reorganisation unserer Gesellschaft. Zugleich muß sie in die politischen und sozialen Reformen eingeordnet sein und darf nicht auf ökonomistisch verkürztes „Wachstum“ reduziert werden.

Von dem Erfolg der Wirtschaftsreform hängt es in bedeutendem Maße ab, ob es uns gelingt, einen „Ausverkauf“ der DDR zu verhindern und einen sozialistisch geprägten Entwicklungsweg in die Schaffung des europäischen Hauses einzubringen.

2. Die Wirtschaftsreform hat die Umgestaltung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Grundlagen unseres Wirtschaftens in den Betrieben, Kombinate, Genossenschaften, Territorien und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zum Inhalt.

Sie zielt auf:

- Herstellung der Innovations- und Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft;
- ökonomische Effizienz und am Maßstab unserer Grundwerte gemessene gesellschaftliche Effektivität;
- die Integration der DDR in die internationalen Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Mitwirkung an ihrer sozial progressiven und ökologiegerechten Gestaltung;
- die Herausbildung neuer Arbeits- und Lebensweisen, die allen Bürgern eine sichere Zukunft und eine selbstbestimmte individuelle Entwicklung ermöglichen.

Es geht darum, ein innovatives und lernfähiges Wirtschaftssystem zu schaffen, das sich fortwährend selbst erneuert, flexibel reagieren kann und das eigenständig nutzbare Entwicklungsmöglichkeiten für alle sichert.

3. Die Nutzung des kreativen Potentials unserer Menschen ist die wichtigste Quelle, um die DDR aus der Krise herauszuführen und ihr zu einer neuen Identität zu verhelfen. Deshalb ist es unverzichtbar, in allen Bereichen das Interesse der Werktätigen an ihrer Arbeit, die Herausforderung ihres Engagements, ihres Bildungsniveaus, ja ihrer ganzen Persönlichkeit zu entwickeln. Nur so kann eine solche Bindung der Individuen an die Gesellschaft entstehen, bei der sie diese Gesellschaft auch als ihre empfinden und gestalten.

Wesentlich dafür sind: eine Arbeitsorganisation, die kontinuierliches Arbeiten ermöglicht; Abbau von körperlich schwerer, gesundheitsschädigender und geistig monotoner Arbeit; Arbeitsprozesse mit einem reichen Anforderungsspektrum an die Arbeitsbedeutenden; die Herstellung von Kollektivität in der Arbeit; weitgehende Selbstbestimmung der Kollektive über die Organisation und die Bedingungen ihrer Arbeit; die Übergabe von Fonds in die Hände der Arbeitskollektive und, wo möglich, den Bedürfnissen angepaßte Arbeitszeitregelungen. Nur auf diesem Wege können ein reiches Bedürfnisspektrum und hohe Anforderungen an die eigene Tätigkeit entwickelt werden. Für all das ist die konstruktive Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern notwendig. Der soziale Status hochqualifizierter Arbeit ist grundsätzlich zu erhöhen.

4. Die zur Stagnation führende Anonymität des Eigentums muß überwunden werden. Eigentum, wirkliche Aneignung durch die eigene Tätigkeit, ist eine Voraussetzung für wirksame ökonomische Interessen, für selbstmotiviertes Handeln. Die Wirtschaftsreform verlangt daher die Neugestaltung der rechtlichen Organisationsformen des Staatseigentums, seine Umwandlung in wirkliches Volkseigentum. Auf allen Ebenen müssen die Produ-

zenten möglichst weitgehend über die Bedingungen, Mittel und Ergebnisse ihrer Produktion selbst verfügen, also sich ihre Produktion weitgehend selbst verwalten und zugleich durch die demokratische Mitbestimmung staatlicher Politik ihre Position als Eigentümer realisieren können.

Darüber hinaus ist die Entwicklung vielfältiger Eigentumsformen – privater, genossenschaftlicher, staatlicher und Mischformen sowie Joint ventures – notwendig. Aktiengesellschaften können ausländische Beteiligung ermöglichen und die Beschäftigten an den langfristigen Entwicklung des Betriebes interessieren. Die Rolle von Klein- und Mittelbetrieben in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen muß deutlich verstärkt werden.

Nur in dem Maße, wie es den Produzenten möglich ist, die Bedingungen und Resultate ihrer Produktion zu beeinflussen, sind sie auch für die Ergebnisse ihres wirtschaftlichen Handelns verantwortlich, kann also das Leistungsprinzip als sozial gerechtes Prinzip der Verteilung zur Geltung gebracht werden.

5. Wettbewerb ist für ökonomische Entwicklung unverzichtbar. Der ökonomische Wettbewerb in einer modernen Gesellschaft mit sozialistischer Orientierung muß auf einen solidarischen Konsens gegründet sein: gleiche Wettbewerbschancen für alle sowie juristische und fiskalische Sicherung der Wettbewerbsfairneß. Der Wettbewerb muß um die Art und Weise des Produzierens, um Produkt- und Technologieinnovationen, um die jeweils am besten geeignete Eigentumsform und um Märkte, nicht aber um die soziale Existenz des einzelnen geführt werden.

Der ökonomische Wettbewerb erfordert flexible Kooperationsstrukturen innerhalb der Kombinate und zwischen den Betrieben und Kombinate. Dazu sind u. a. die Betriebsgröße, die Breite der Produktionsortimente und die Kombinatstrukturen auf einem für den Wettbewerb optimalen Niveau zu reorganisieren.

6. Der Erfolg der Wirtschaftsreform hat die ökonomische Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate für ihren Reproduktionsprozeß zur Voraussetzung. Dies gilt für Industrie, Landwirtschaft, Handel und Handwerk gleichermaßen.

Entscheidungen sind sowenig wie nötig zentral und soviel wie möglich auf der Ebene der unmittelbaren Produktion zu fällen. Davon ausgehend sind die Regel- und Steuermechanismen zur Koordinierung einer modernen und komplexen Wirtschaft zu bestimmen. Die weitgehende Selbstregulation der Wirtschaft muß durch die Marktmechanismen und den Plan erfolgen. Dabei ist die Geltung von Marktverhältnissen zu differenzieren für den Konsummarkt, den Investitionsgütermarkt, den Geldmarkt und den Arbeitskräftemarkt. Die Geltungsbereiche sind durch ordnungspol-

V. Für einen Beitrag zur Entmilitarisierung und Demokratisierung der internationalen Beziehungen

1. Das bisher in der DDR verfolgte bürokratisch-dirigistische Gesellschaftsmodell ist nicht nur innenpolitisch gescheitert. Es hat das internationale Ansehen, die innere Friedensfähigkeit und die außenpolitische Handlungsfähigkeit der DDR beschädigt. Es war auf die Gestaltung der DDR als geschlossene Gesellschaft und wirtschaftliche Autarkie gerichtet und brachte praktisch eine entspannungsunverträgliche Festungsmentalität hervor. Die Folge war insbesondere eine immer ernster Belastung des strategischen Bündnisses mit der Sowjetunion. Die Kooperationsfähigkeit der DDR blieb auf allen Gebieten hinter den dringenden Erfordernissen einer existentiell gefährdeten und interdependenten Welt zurück. Die globalen sicherheitspolitischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Bedrohungen verlangen gebieterisch eine grundlegende Reformierung unseres Entwicklungsweges.

2. Die Außenpolitik der DDR bedarf einer breiten innenpolitischen Legitimation. Wesentlich dafür sind solche Bedingungen, die es dem einzelnen ermöglichen, die strategischen Entwicklungsrichtungen des Landes mit-

tische Rahmenbedingungen rechtlich abzusichern.

In dem Maße wie bisher zentral gesteuerte Beziehungen abgebaut werden, müssen horizontale Kooperations-, Kommunikations- und Informationsbeziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten sowie zwischen ihnen und der Regierung neu aufgebaut werden. Es ist schrittweise ein gestaffeltes, überwiegend orientierendes, nicht hierarchisches Planungssystem zu schaffen. Planung bedeutet dann v. a. die planmäßige Bestimmung von gemeinsamen Produktionszielen in den Wirtschaftseinheiten, den Kommunen und der Gesellschaft und nicht die Organisation der Erfüllung zentral vorgegebener Ziele. Sie schließt für struktursteuende Entwicklungen Zielprogramme ein. Die notwendige zentrale Steuerung der Wirtschaft erfolgt vor allem durch Geld-, Kredit- und Finanzpolitik sowie durch Staatsaufträge.

Ein solches System der Koordinierung der Wirtschaft hat auf allen Ebenen die politische Demokratie zur unabdingbaren Voraussetzung.

7. Die Wirtschaftsreform muß die Integration der DDR in die Weltwirtschaft sichern. Der Versuch, sich dem zu entziehen, ist gescheitert. Eine solche Integration bringt einschneidende Veränderungen in unserer Produktions- und Verkehrsstruktur, die Kooperation insbesondere mit den ost- und westeuropäischen Ländern, die Anpassung innerer Organisationsstrukturen an den internationalen Waren-, Geld-, Kapital- und Arbeitskräfteverkehr und erfordert entsprechende Rechtsordnungen. Unsere Preis- und Einkommensstrukturen müssen schrittweise der internationalen Entwicklung angehöht werden.

Der Erhalt bzw. die Ausbildung einer eigenständigen Position bei dieser Integration insbesondere gegen die unvermeidbaren Versuche des Kapitals, sich die DDR als „Billiglohndland“ zu unterwerfen, verlangt starke soziale Gegenkräfte in den Betrieben und eine unseren Grundwerten verpflichtete Regierungspolitik.

8. Die Wirtschaftsreform birgt die Gefahr der Verselbständigung der ökonomischen Rentabilität gegen die kulturellen und sozialen Interessen der Menschen und gegen die natürliche Umwelt. Deshalb sind Gewerkschaften bzw. Betriebsräte sowie ökologisch orientierte Interessenverbände und Verbrauchersorganisationen herausgefordert, sich als einflussreiche gesellschaftliche Kräfte zu entwickeln, die über berufliche Interessen hinaus die gesellschaftlichen Interessen der Werktätigen wahrnehmen. Es könnten gesellschaftliche Räte der Werktätigen in den Betrieben, öffentliche „Aufsichtsräte“ oder Wirtschafts- und Sozialräte unter Beteiligung der Kommunen und der Volksvertretungen gebildet und rechtlich eingeordnet werden, die die Strategien insbesondere von Großbetrieben kontrollieren.

Die Wirtschaftsreform verlangt den Aufbau neuer sozialer Netze, um die bevorstehenden Wandlungsprozesse sozial abzusichern. Dazu gehören v. a. Maßnahmen zur Weiterbildung, zur Umschulung, zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit u. a. Das Sozialleistungssystem muß reformiert werden, so daß es die Entwicklung von subjektiver Leistungsfähigkeit und von Wohlbefinden fördert sowie Sicherheit im Alter bietet.

9. Alle diese Grundprämissen gelten auch für die Landwirtschaft. Auf der Grundlage des genossenschaftlichen und staatlichen Eigentums ist die Eigenverantwortung der landwirtschaftlichen Betriebe für die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung entschieden zu erhöhen. Die Produktionskette Vorleistungsbereich, Primärproduktion, Verwertung, Transport, Lagerung und Vermarktung ist im Interesse verlustarmer, zuverlässiger und gesunder Ernährung der Bevölkerung durch die Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohstoffen durchgehend zu gestalten. Die Dörfer sind zu kommunalen Formen eines selbstbestimmten, gemeinschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens der Bauernschaft zu entwickeln.

Die reale politische, ökonomische, ökologische, wissenschaftlich-technische, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit der (Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Staaten bleibt jedoch noch immer weit hinter den Erfordernissen einer existentiell gefährdeten Welt zurück. Wir wollen keine Wahl, ob die Existenz der Menschheit durch den atomaren Winter oder den Wärmetod der Erde, durch die Unterentwicklung oder die Fehlentwicklung der Weltgesellschaft, den Ost-West- oder Nord-Süd-Konflikt beendet wird. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Erneuerung der DDR darauf gerichtet wird, einen wirksamen Beitrag zur Lösung der globalen Menschheitsfragen und zur umfassenden internationalen Zusammenarbeit zu leisten. Wir treten für radikale Abrüstung, die friedliche Beilegung internationaler Konflikte, umfassende Anstrengungen zur Bewahrung der Natur und für eine gerechte Weltwirtschaft ein. Wir fühlen uns dem Gedanken des Internationalismus und der Solidarität mit allen fortschrittlichen Kräften verbunden.

Fast 80 Prozent der Menschheit leben heute in den Entwicklungsländern. Dem Kampf ihrer Völker gegen neokoloniale Ausplünderung, gegen ihre Umklammerung durch die transnationalen Konzerne und für die Durchbrechung des Mechanismus der Unterentwicklung gehört unsere volle Unterstützung. Das wird die weitere Entwicklung unserer gesamten Strategie stark zu prägen haben.

4. Im Herzen Europas gelegen, muß die DDR auf einen prinzipiellen Wandel der europäischen Staatenbeziehungen hinwirken, der zur Entmilitarisierung und Demokratisierung, zur vielfältigen Einheit und zu gemeinsamem Fortschritt eines kooperativen Europas führen würde, das einen wesentlichen Beitrag zu einer solidarischen und überlebensfähigen Welt leisten kann. Die DDR muß zu einem produktiven Faktor beim Aufbau neuer blockübergreifender Strukturen und einer Friedensordnung in Europa werden. Dazu ist die Öffnung unseres Landes nach West und Ost erforderlich, die Vernetzung der europäischen Gesellschaften fördert. Auf Grund ihrer geostategischen Lage hat die DDR einen besonderen Beitrag zur Herausbildung kooperativer Sicherheitsstrukturen zwischen NATO und Warschauer Vertrag zu leisten. Die DDR sollte eine Einbeziehung in die westeuropäische Integration als souveräner Partner anstreben und zugleich aktiv die Revitalisierung der sozialistischen ökonomischen Zusammenarbeit betreiben und so als Mittler für das Entstehen eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes wirken. Es muß das Interesse der DDR sein, daß der in Helsinki 1975 vereinbarte KSZE-Prozess in eine solche Richtung geführt und institutionalisiert wird. Wir schlagen daher die Ausarbeitung von Vorstellungen der DDR für eine europäische Sicherheitsgemeinschaft, eine europäische Rechtsordnung, eine europäische ökologische Ordnung sowie einen europäischen Technologieverbund vor.

5. Das Bündnis mit der Sowjetunion ist die außenpolitische Existenzfrage für die DDR. Mit der Perestrojka in der UdSSR und der Anstrengung für einen demokratischen Sozialismus in der DDR eröffnet sich für das Verhältnis zwischen beiden Staaten die Möglichkeit einer Sicherheits- und Wertegemeinschaft auf neuer und gleichberechtigter Grundlage. Wirtschaftliche Ver-

flechtung, umfassende politische Kooperation, intensive kulturelle und humanitäre Beziehungen mit der Sowjetunion sind für die DDR von vitaler Bedeutung.

Unsere östlichen Nachbarn sind für die DDR wichtige Verbündete und Partner. Gegenseitiges Vertrauen, Respektierung der Interessen und volle Öffnung für den gesellschaftlichen Austausch sind notwendige Bedingungen für die zukünftige Zusammenarbeit. Wir treten für die Politisierung und Demokratisierung des Warschauer Vertrages ein, um dieses Bündnis zu einem wertvollen Element gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen zu entwickeln.

6. Unsere Partei erachtet es als dringlich, die Beziehungen der DDR zur BRD auf zeitgemäße Grundlagen zu stellen. Die Ausrichtung auf eine kooperative Koexistenzpolitik, eine Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten, das dicke Geflecht vertraglicher Beziehungen sowie die Erfahrungen im Umgang miteinander und die Berücksichtigung der Interessen von Drittstaaten bieten dafür günstige Ausgangspositionen. Zugleich hält es unsere Partei für notwendig, überholte theoretische und politische Auffassungen zu korrigieren.

Wir bekunden unseren demokratischen Respekt vor allen Bürgern, die sich mit der deutschen Nation identifizieren. Wir wenden uns dagegen, daß jede Äußerung des Gefühls der nationalen Zusammengehörigkeit von vornherein als „revanchistisch“ ausgegrenzt wird. Eine solche Ausgrenzung würde den nationalen Identifikation fällt jedoch nicht zwangsläufig mit dem Wunsch zusammen, aus den beiden existierenden deutschen Staaten einen neuen deutschen Gesamtstaat zu bilden.

Wir gehen von der Existenz einer deutschen Frage als europäisches Problem und dem Vorhandensein tiefverwurzelter nationaler Gemeinsamkeiten zwischen den Deutschen beider Staaten aus.

Die notwendige Annäherung beider deutscher Staaten zu einer Vertragsgemeinschaft und weitergehendem Zusammenschluß muß daher auf die Annäherung und den Zusammenschluß aller europäischen Staaten gerichtet sein. Deshalb orientiert unsere Partei auf eine qualifizierte Partnerschaft beider deutscher Staaten für Europa als gemeinsamen Beitrag für die künftige Architektur unseres europäischen Hauses. Hingegen wenden wir uns gegen alle Versuche, die deutsche Frage deutsch-national zu lösen, gegen alle Modelle deutscher Einheit, die nicht auf Vereinigung, Demokratisierung und Entmilitarisierung Europas oder gar gegen die Völker Osteuropas gerichtet sind. Wir setzen uns für die unbedingte Respektierung der europäischen Grenzen ein, wie sie im Gefolge des von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieges entstanden sind, insbesondere für die Respektierung der polnischen Westgrenze.

Die europäischen Völker haben die deutsche Frage in Form von zwei Weltkriegen und des Faschismus erlebt. Sie haben das Recht, wir haben die Pflicht, das nicht zu vergessen.

VI. Für eine moderne sozialistische Partei der DDR

1. Wir wollen eine neue Partei sein. Dazu müssen wir neue Strukturen schaffen, denn die stalinistischen Befehlsstrukturen haben uns alle zu Mitschuldigen gemacht. Wir müssen uns vom alten Denken befreien. Das geht aber nur in einem Lernprozeß, der von uns wahrhaftig, tolerant und kulturvoll gestaltet werden muß.

Diese neue Partei gewinnt ihre Einheit aus dem Wettstreit der Ideen aller ihrer Mitglieder, aus deren Plattformen und innerparteilichen Strömungen. Unsere Einheit wird nicht durch Geschlossenheit, sondern durch Offenheit gegenüber allen sozialistischen Standpunkten gewonnen. Wir wollen von anderen demokratischen Bewegungen lernen.

Beschlüsse führen zu organisiertem und einheitlichem Handeln. Minderheiten haben das Recht, ihren Standpunkt weiter zu qualifizieren, zu vertreten und erneut zur Entscheidung zu stellen.

2. Diese moderne sozialistische Partei versteht die fortlaufende Arbeit an ihren programmatischen Orientierungen und an ihren strategischen Vorstellungen als eine wesentliche Grundlage ihrer politischen Tätigkeit. Davon ausgehend wirken die Mitglieder der Partei gleichberechtigt neben und mit denen anderer politischer Kräfte für eine demokratisch-sozialistische Gestaltung unseres Lebens.

3. Diese moderne sozialistische Partei wird basisdemokratische Strukturen bilden, die sichern, daß sie eine Partei ihrer Mitglieder ist. Sie muß bescheiden in ihren Ansprüchen sein und mit einem wesentlich geringeren Zeitaufwand politische Arbeit leisten. Ohne berufliche Ausübung von Politik kann eine moderne Partei nicht existieren. Der Apparat erhält keinerlei politische Machtbefugnis. Er ist daher klein und übersichtlich zu gestalten.

Basisdemokratie erfordert ein Statut, das schöpferische und kritische Aktivität jedes Parteimitglieds fördert und die innerparteiliche Diskussion effektiv ermöglicht, statt Grundlage von Parteidisziplinierung zu sein.

4. Diese moderne sozialistische Partei steht in den Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Sie versteht sich als Teil der internationalen linken Bewegungen, insbesondere der europäischen Linken. Sie bekennt sich zu den Traditionen von Marx, Engels und Lenin, der demokratischen, kommunistischen, sozialdemokratischen, sozialistischen und pazifistischen Bewegungen. Sie nimmt diese Traditionen kritisch in sich auf und wendet sich konsequent den veränderten Problemlagen der Gegenwart und Zukunft zu.

Sie ist sich vieler Berührungen zu christlichen und anderen religiös begründeten humanistischen Standpunkten bewußt.

5. Diese moderne sozialistische Partei bildet ausgehend von den realen Interessen der Bürgerinnen und Bürger praktische Strategien auf der Grundlage theoretischer Konzeptionen. Jede politische und ideologische Bewertung und Einschränkung von Wissenschaft ist ihr fremd. In einer modernen, stark wissenschaftsbestimmten Welt wendet sie sich dem breiten Spektrum wissenschaftlicher Einsichten zu und strebt nach einem engen Verhältnis zu Wissenschaftlern und Künstlern.

6. Diese moderne sozialistische Partei konstituiert sich nach dem Regionalprinzip, um ihre Vertreter den Wählern zu präsentieren. Sie will aber der Verflechtung des Lebensalltags mit politischen Fragen auch in der Arbeitswelt nicht ausweichen. Ihre Mitglieder werden dort für die Interessen der Werktätigen streiten. Formen und Möglichkeiten dafür müssen in einem Betriebsverfassungsgesetz geregelt werden.

★

Das hier umrissene neue Selbstverständnis unserer Partei verlangt einen intensiven längeren Prozeß der Aneignung ihrer Programmatik durch alle Parteimitglieder und die Überwindung stalinistisch geprägter Denk- und Verhaltensweisen. Es muß sich im gemeinsamen Handeln der Genossinnen und Genossen für die Interessen unseres Volkes verwirklichen.

Ohne ökonomische Stabilität fehlt der radikalen Erneuerung die Basis

Gespräch mit Gabi Zimmer, Parteivorstandsmitglied, Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk

ND: Bist du mit den Ergebnissen der ersten Beratung des außerordentlichen Parteitages zufrieden?

Gabi Zimmer: Wir sehen einen Hoffnungsschimmer, um überhaupt den Parteitag fortsetzen und dann zu einem soliden Ergebnis kommen zu können. Aber mehr war – bei realistischen Herangehen und bedenken man die kurze Vorbereitungszeit – kaum möglich. Sehr wichtig, daß alle Entscheidungen demokratisch erstritten und mit großer Mehrheit angenommen wurden. Ich meine auch das klare Bekenntnis zur Verantwortung. So wurde auch die Frage Auflösung, Spaltung nach harter Diskussion eindeutig beantwortet.

ND: Wie ist die Situation der Partei im Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk?

Gabi Zimmer: Sie hat sich in der vorigen Woche sehr zugespitzt. Es gab Forderungen wie „Partei 'raus aus dem Betrieb“. Sie wurden auf sehr spektakuläre Weise an uns herangetragen. Auch mit anonymen Anrufen, Drohungen, Beschimpfungen. Auf der anderen Seite zeigte sich bei Gesprächen in Kollektiven, mit Genossen und parteilosen Werktätigen, daß wir eigentlich überall gehört worden sind. Über viele Dinge konnten wir gemeinsam reden und feststellen, daß unsere Auffassungen gar nicht so sehr unterschiedlich sind.

ND: Wie geht es in dieser Woche weiter?

Gabi Zimmer: Heute (Montag) werden wir die Parteileitung nach der Arbeitszeit zusammennehmen, uns zu ersten Feststellungen, Festlegungen bzw. Orientierungen verständigen. Wir wollen uns konsequent dazu bekennen, künftig im Rahmen eines Parteikollegiums zu wirken. Die politische Heimat für die Genossen bleibt die Partei im Betrieb, wenn auch in völlig neuen Formen. Es gibt noch keine konkreten Festlegungen dazu, wie sich alle Genossen in den Territorien organisieren. Das muß ordentlich vorbereitet werden. Wir gehen dabei nicht in die Defensive. Ich stehe dazu: Parteiarbeit außerhalb des Betriebes und der Arbeitszeit auf ehrenamtlicher Basis.

ND: Entscheidend für die Zukunft des Landes ist die ökonomische Konsolidierung. Was wird der Betrieb dazu einbringen?

Gabi Zimmer: Ja, ohne wirtschaftliche Stabilität, ohne Erfüllung der Aufgaben, ohne zuverlässige Arbeit der Werktätigen, ohne unter komplizierten Bedingungen ist der Sozialismus in unserem Lande nicht zu halten, fehlt

der radikalen Erneuerung letztlich die Basis.

ND: Und die Bereitschaft dazu?

Gabi Zimmer: Die ist vorhanden, wenn auch differenziert. In der vergangenen Woche erklärten in zahlreichen Gesprächen die Werktätigen – Parteilose und Genossen –, daß sie, um irgendwelche politischen Forderungen durchzusetzen, gegenwärtig einen Generalstreik ablehnen. Auf dieser Bereitschaft gilt es aufzubauen – im Wissen, daß wir nur durch harte Arbeit aller in der Lage sind, die Dinge zu ordnen, der Regierung das entsprechende Hinterland zu geben.

ND: Noch einmal zurück zur Forderung „Partei 'raus aus dem Betrieb“. Was bedeutet das persönlich für dich als Parteisekretär?

Gabi Zimmer: Es gab eine Entscheidung des Generaldirektors.

Sie besagte, daß keine Funktionäre die – egal in welchem Bereich – im oder außerhalb des Werkes tätig waren, im Betrieb eine Arbeit außerhalb der materiellen Produktion bekommen. Ich bin Sprachmittlerin für russisch und französisch. Das hätte praktisch bedeutet, als Ungelernte eingesetzt zu werden. Davor würde ich mich nicht scheuen. Aber ich meine, wir sollten jeden entsprechend seinen Fähigkeiten und der Bereitschaft im gegenwärtigen Prozeß mitzuwirken, einsetzen. Übrigens hat Generaldirektor Sigmar Müller jetzt in einem persönlichen Gespräch zugesichert, entsprechend Ausbildung, Erfahrungen und Kenntnissen über den Einsatz der betroffenen Genossen konkret zu befinden.

Für ND fragte
Arno Oberländer

Er braucht den täglichen Kontakt zu den Arbeitern

Im Parteivorstand: Jürgen Recla, Umformtechnik Erfurt

Zu den Mitgliedern des neu gewählten Parteivorstandes gehört auch Jürgen Recla aus dem Kombinat Umformtechnik Erfurt. Er war 27 Jahre als Dreischichtarbeiter in diesem traditionsreichen Erfurter Werkzeugmaschinenbetrieb tätig und ist seit fünf Jahren Sekretär einer Grundorganisation. Auf die Frage, mit welchen Gefühlen er das Mandat der Erfurter Bezirksparteiorganisation übernommen habe, antwortete der 50-jährige: „Ich habe mich in einer unwahrscheinlich komplizierten Zeit diesen Anforderungen gestellt. Und ich werde mir in meiner Arbeit im Betrieb sicher noch manche Beule holen. Ich werde jedoch meine ganze Kraft für die Sache des Sozialismus einsetzen und wirklich alles tun, damit es in unserem Lande wieder vorwärts geht. Nur durch die angestrengte Arbeit aller Genossen können wir erreichen, daß die Menschen Vertrauen zu unserer Partei finden.“

Jürgen Recla gehörte auch als „Hauptamtlicher“ nicht zu denen, die sich tagtäglich am Schreibtisch fühlten. Er kennt die Praxis. 160 bis 170 Stunden hat er Jahr für Jahr am Bohrwerk gestanden, um mitzuhelfen, Engpässe in der Produktion zu überwinden. Wie sieht er seine künftige Parteiarbeit? „Zur Ehrlichkeit, zur Vertrauensfindung gehören die Einheit von Wort und Tat. Ich werde ab Januar wieder meinen

Arbeitsplatz in der materiellen Produktion haben. So werde ich auch als Mitglied der Parteiführung immer den besten Kontakt zu den werktätigen Menschen haben und gut über ihre Vorstellungen und Sorgen informiert sein. Parteiarbeit ist ehrenamtliche Arbeit. Wir sprechen derzeit darüber, wie wir unsere Kräfte auch in den Wohngebieten formieren können. An die Seite der dort tätigen, meist älteren und erfahrenen Genossen müssen nun verstärkt junge Parteimitglieder treten. Es kommt darauf an, feinfühlig mit allen Genossen zu sprechen, damit wir diesen Prozeß der Neuordnung gut und rasch vollziehen können.“

Angesprochen auf die Fortsetzung des außerordentlichen Parteitages am Wochenende, erklärte Jürgen Recla: „Ich werde die kurze Zeit, die mir verbleibt, nutzen, um mit möglichst vielen Genossen über den Entwurf des Statuts und den Diskussionsstandpunkt für alternativen Sozialismus zu sprechen. Denn ich möchte möglichst viele Vorschläge in die Diskussion einbringen. Vom Parteitag erwarte ich eine schonungslose Abrechnung mit der Vergangenheit, damit wir gestärkt nach vorn blicken und an die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben konzentriert herangehen können.“

Klaus Bliedner

Meinungen, Argumente

Unmittelbar nach der ersten Etappe des außerordentlichen Parteitages der SED fragte ND Delegierte nach Eindrücken, Meinungen und den bevorstehenden Aufgaben.

Wir haben mit dem Auftakt des Parteitages das wichtigste Ziel erreicht, einen handlungsfähigen Vorstand zu wählen. Wir haben uns zum Bruch mit der alten, stalinistischen SED entschlossen, dazu die Partei neu zu formieren, mit neuem Programm, neuem Statut und neuem Namen – nicht aufzulösen und neuzugründen. Das betrachte ich als ganz wichtig. Die Diskussion hat mir in vielen Teilen nicht gefallen. Sie war streckenweise flach. Wir müssen den Umgang mit der neu gewonnenen Demokratie lernen, weil Demokratie nicht heißt, zu reden um des Redens willen.

Im Augenblick kämpfen wir darum, als gleichberechtigte Partei in dieser Gesellschaft zu bestehen, weil wir mit der gesamten Wucht unserer Niederlage konfrontiert werden. In großen Teilen der Bevölkerung wird deshalb unsere Existenzberechtigung abgelehnt. Der Streit muß jetzt weitergehen. Ich wünsche mir eine faire Auseinandersetzung mit allen zu unseren neuen Zielen und unserem neuen Herangehen.

Karsten Kollowa,
Schichtsteiger,
VEB Zinnerz Altenberg

★

Den ersten Teil des Parteitages habe ich als den Versuch zu einer Basisdemokratie empfunden. Selbstverständlich sprachen die Diskussionsredner für sich, manchmal für ihr Kollektiv und brachten demzufolge durchaus nicht immer die in der Partei vorherrschenden Ansichten zum Ausdruck. Als bisher wichtigstes Ergebnis sehe ich das beschlossene Dokument an, das am Montag im ND veröffentlicht wurde. Ich erwarte von den Beratungen im zweiten Teil des Parteitages am kommenden Wochenende, daß die inhaltlichen Zielsetzungen klarer bestimmt werden. Das gilt zum Beispiel für die Gesellschaft unseres Landes, von der vor allem gesagt wird, was sie nicht sein soll: pseudosozialistisch oder von Profitwirtschaft geprägt.

Bei allen notwendigen Beratungen und Entscheidungen über Weg und Ziel bleibt für jeden von uns das wichtigste, so zu arbeiten, daß unser Land erhalten bleibt und die Ausgangsbedingungen für die Erneuerung nicht schlechter werden. Hier muß sich jedes Parteimitglied bewähren. Als Bürgermeister fühle ich da eine besonders hohe Verantwortung. Ich sorg mich darum, daß es mit dem Wohnungsbau wei-

tergeht in unserer Stadt, daß trotz aller Belastungen die Vorbereitungen für 1990 so gut wie möglich getroffen werden. Das steht im Mittelpunkt meiner Arbeit. Ich bin gegen jeden über-eilten Schritt, bei dem über Auswirkungen erst gesprochen wird, wenn sie bereits eingetreten sind (zum Beispiel 5-Tage-Schulwoche und Lehrgelöhler). Für die Partei gilt aus meiner Sicht: Bereinigen und arbeitsfähig machen – ohne weiteren Zeitverzug!

Harald Kallmeyer,
Bürgermeister,
Ludwigsfelde

★

Die erarbeiteten Dokumente ermöglichen meiner Meinung nach einen breiten Konsens aller derjenigen, die sich von der unseligen Vergangenheit unserer Partei lösen wollen, ohne sich von einem modernen Sozialismus abzuwenden. Die „lange Nacht“ hatte ihren Grund auch darin, daß ein erheblicher Teil der Anwesenden glaubte, der Gegensatz von stalinistisch-disziplinierter Abstimmungsmaschinerie sei eine chaotische Basisdemokratie. Das heißt, dieser Parteitag hat zwar den ersten Schritt getan, hingegen ist für jeden Genossen die Lösung von den jahrelang eingepflichten Denkmustern ein langer Prozeß. Ein Musterbeispiel für neues Denken war das Referat von Genossen Gysi. Die Vorstellung eines Denkprozesses und nicht fertiger Lösungen ist eine neue Qualität. Also: keine Rezepte, sondern streitbare Arbeit.

Ob wir die Chance für einen Neubeginn in unserer Verantwortung für das Überleben der DDR nutzen, wird wesentlich von der schnellen Lernfähigkeit unserer Genossen abhängen, im Rahmen der neuen innerparteilichen Demokratie zu tragfähigen Mehrheiten bei wesentlichen Entscheidungen zu gelangen.

Dr.-Ing. Herbert Lappe,
Elektroniker,
VEB EAW-Elektronik Dresden

★

Wir müssen schnell und gründlich darüber nachdenken und entscheiden, welche Schritte erforderlich sind, um den Weg wiederzufinden, auf dem die Werktätigen erfolgreich vorwärts gehen können.

Unsere gemeinsame Chance besteht in der Herausbildung eines völlig neuen Demokratieverständnisses im Sinne eines kameradschaftlichen und vertrauensvollen, Zusammengehens mit den Parteien, Gruppen und Initiativen, die einen Neubeginn wollen und bereits dafür arbeiten. Dabei müssen die erforderliche Eigenständigkeit und die Möglichkeiten, Verantwortung wahrzunehmen, stets gewährleistet sein.

Hermann Streit,
1. Sekretär der Kreisleitung
Berlin-Hohenschönhausen

Podiumsgespräch

Mittwoch:
Erneueres Statut – Will die Partei die Erneuerung „normieren“?

Gesprächspartner sind Autoren und Koautoren von Statutenentwürfen für eine erneuerte Partei

Ort: Konsultations- und Informationszentrum der SED, Berlin, Oberwasserstraße (Nähe U-Bahnhof Spittelmarkt)

Zeit: 18.00 Uhr
Auch für Parteitage delegierte besteht damit eine günstige Gelegenheit, zu eingehender Information und Diskussion von Fragen des Statutes.

Für telefonische Anfragen an das Zentrum steht die neue Sammelnummer 2 07 10 03 zur Verfügung. Die Telexanschlüsse bleiben unverändert: 112 468, 112 382, 113 104 und 113 105.

Brief an einen neuen Genossen

Über Zivilcourage in diesen Tagen

Von Dr. Klaus Steiniger

Mein lieber Peter!

Gestern hast Du mir von Deinem Entschluß berichtet, in diesen stürmischen und gefährlichen Tagen der Partei beizutreten. Da ich Deine Festigkeit kenne, hat mich das kaum verwundert.

Indes – ich erinnere mich an Gespräche mit Dir noch kurz vor der Wende, aus denen herausklang, daß Dich unter den früheren Umständen keine zehn Pferde zu dieser Entscheidung hätten bringen können. Vieles erregte in der Zeit der Flaute, die dem Orkan vorausging, zu Recht Deinen Widerspruch und Protest: die dumpfe Enge, die dümmliche Bevormundung, die polizeistaatliche Überwachung, der Mangel an Möglichkeiten, sich wirklich zu beweisen. Wie andere junge Leute sehntest Du Dich nach Bewährungssituationen, wolltest Du kämpfen, auf den Prüfstand gestellt werden, Freund und Feind klar voneinander unterscheiden können. Und dabei hattest Du das untrügliche Gefühl, daß manche, die Dir wortreich vom Sozialismus sprachen, in Wahrheit gar nicht Deine Freunde waren. Die Stagnation erstickte auch Deine Träume und Wünsche. Jetzt fühlst Du Dich endlich frei, für die Sache zu streiten, die Dir weit mehr bedeutet als diese oder jene Führungs-Person.

Beiläufig hast Du mir erzählt, wer sich bereit erklärte, die Bürgerschaft für Dich zu übernehmen: Lucie Hess, die – 1944 von den Faschisten als Mitglied der Widerstandsgruppe Sawkow-Jacob-Bästlein abgeurteilt – die Haft überstand, und der Historiker Walter Schmidt, dessen Vater die Nazis wegen seiner kommunistischen Gesinnung im Zuchthaus hinführten. Die Tatsache, daß zwei so gestandene Antifaschisten für Dich – den 20-jährigen Facharbeiter – jetzt ihre Hand ins Feuer legen, scheint mir gerade angesichts verbreiteter Auffassungen in der DDR sei vor allem das Aufeinanderprallen verschiedener Generationen, von Bedeutung zu sein. Denn unverkennbar reicht das Spektrum derer, die sich gegen den Niedergang und Zerfall der Linken in unserem Lande stemmen und deshalb zur Formierung einer von Grund auf erneuerten demokratisch-sozialistischen Partei bekennen, von 18 bis 80.

Dein Eintritt in unsere Reihen fällt zeitlich mit dem außerordentlichen Parteitag zusammen. Doch nicht „zu Ehren“ dieses einschneidenden Ereignisses in der Geschichte unserer Bewegung hast Du Dich für die Partei entschieden. Den Beratungen in

der Dynamo-Sporthalle ging keine bombastische Großveranstaltung wie in vergangenen Zeiten voraus, als die auf Quantität zielende „Tonnen-Ideologie“ nicht einmal vor der Partei haltmachen, was uns – neben vielen wertvollen Missetretern – leider auch einigen Schwemmsand einbrachte. Pflöge die zentrale Statistik früher die aus Anlaß von Parteitag aufgenommenen neuen Genossen in der Größenordnung von 100 000 „abzurechnen“, so mögen es heute vielleicht einige hundert sein, die mitten im Trommelfeuer von massiver und berechtigter Kritik, von scharfer Hetze und sogar physischer Bedrohung zur Partei stoßen.

Wer jetzt, da die Partei aus dem durch stalinistische „Spindeln“ bewirkten Dornröschenschlaf jahrelanger Erstarrung endlich aufgewacht ist, neu als Genosse bezeichnet werden will, entschließt sich in schwerer, aber guter Zeit.

In guter Stunde, weil nicht länger Lippenbekenntnisse und flache Ergebnistatsachen in Mode sind, sondern das persönliche Einsteigen eines jeden einzelnen gefragt ist. Er kann an einem erregenden und radikalen Neubeginn teilnehmen, der die einzige

Aus Leserbriefen an unsere Redaktion

Kann man nicht Orden überhaupt abschaffen?

Vor 55 Jahren, als sich plötzlich die Zahl der Orden in der Sowjetunion auf Anweisung von Stalin erhöhte, schrieb Anna Seghers eine wunderschöne Geschichte von einem Land, in dem jedes Kind nach der Geburt Brust und Rücken mit Orden bedeckt wurden,

Aus der Vielzahl der täglich eintreffenden Leserbriefe können wir leider nur wenige veröffentlichen, und das meist aus gesellschaftlicher Sicht. Wir bitten um Verständnis.

und mit jeder Leistung durfte der Mensch einen Orden ablegen. Stets muß ich daran denken, daß die Krupskaja Tränen des Zorns vergoß, als Stalin den ersten Orden in der Sowjetunion einführt, das Mausoleum Lenins öffnen und diesen Orden auf der Jacke des Verstorbenen anheften ließ.

(Da ich schon vor der „Wende“ meine Orden an einen Ordensammler – bis auf den Karl-Marx-Orden, den der Staat nach meinem Tode sowieso zurückerhätte und den ich um seines Namens willen gern behalte – verschenkt habe, kann ich keine Orden zurückgeben.)

Können wir nicht endlich die Orden, die der Kapitalismus von der Feudalgesellschaft übernommen hatte, in unserer sozialistischen Gesellschaft abschaffen? Es gibt wahrlich reichlich fortschrittliche Errungenschaften im Kapitalismus, die wir übernehmen können. Warum sollen wir ausgerechnet die veraltete feudale Sitte, die der Kapitalismus übernommen hat, auch bei uns beibehalten?

Jürgen Kuczyński,
Parkstraße 94,
Berlin, 1120

Neue Partei mit neuem Namen

Eine neue sozialistische Partei braucht auch einen neuen Namen. Für den unglaublichen „Dreckhaufen“, der mit dem Zusammenbruch des stalinistischen Parteiapparates der SED offenbar wurde, ist vor allem die ehemalige SED-Führung verantwortlich. Die Genossen der Basis, die sich ehrlich für die Ideale des Sozialismus eingesetzt haben, sind schamlich verraten und betrogen worden. Allerdings tragen auch sie Mitschuld, da sie viel zu lange den autoritären Führungsstil der Partei ertragen und auch mitgetragen haben.

Es ist richtig, daß die Genossen der Basis den Dreckhaufen weg-schaffen müssen. Sie werden es nur können, wenn sie sich dazu in einer neuen modernen sozialistischen Partei zusammenschließen. Diese neue Partei wird sich völlig von der alten SED unterscheiden: Sie wird ein völlig an-

deres Statut haben, sie wird ein neues Programm haben, und sie wird nicht mehr die gleichen Mitglieder wie vorher haben (die Mitglieder haben einen bitteren Lernprozeß hinter sich!).

Volker Schmilinsky,
Sacco-Vanzetti-Str. 22,
Birkenwerder, 1403

Einheit – gibt es sie noch?

Wohin geht die SED? Eine Frage, die in diesen Tagen viele bewegt. Geht es doch nicht „nur“ um die Partei, sondern um das Schicksal des Sozialismus in diesem Land. Das ND ist, denn auch die richtige Tribüne für Wortmeldungen zu diesem Thema. Zu viele schlechte Erfahrungen haben wir mit der Verweigerung der Öffentlichkeit in der Vergangenheit gemacht.

Manche schrecken die Vorschläge, eine KPD zu schaffen und damit die Ehrlichkeit der Partei

wiederherzustellen, ab. Viele verweisen auf die Einheit der Partei, die nicht in Frage gestellt werden darf. Doch, gibt es diese Einheit noch? Hunderttausende, die in letzter Zeit die SED verlassen und keineswegs alles Parteifeinde sind, sprechen dagegen. Ebenso tut das die Existenz neuer demokratischer Bewegungen, vor allem der SDP. Dafür sprechen aber ebenso Hunderttausende, die weiter für die SED kämpfen wollen und das auch tun.

Wohin also? Ich meine, daß Aufrufe zur Neuformierung der Partei nicht Spaltung, sondern Erneuerung heißen. Dazu will ich mich auch persönlich bekennen. Das entscheidende Wort zur eingangs gestellten Frage soll und muß der außerordentliche Parteitag sprechen. Eine öffentliche Diskussion dazu wird hilfreich sein – und notwendig ist sie wohl auch.

Joachim Wauer,
Dr.-Otto-Nuschke-Str. 9,
Neustadt, 8355